

Seite 2	Die Grüne Energiestrategie
Seite 3	Die neue Geschäftsführerin
Seite 4	Bericht der AG PUR
Seite 5	Die NPD verbieten?
Seite 6	Neustart der LFG Bildung
Seite 7	Kulturpolitik: Profil schärfen
Seite 8	Fackeln an der Elbe



**Liebe Freundinnen,
liebe Freunde,**

bevor die Feiertage über euch hereinbrechen, könnt ihr euch noch die neue Ausgabe eurer Mitgliederzeitung "BEI GRÜNS" zu Gemüte führen. Ein Potpourri der Themen wartet wieder auf euch. Von Energiepolitik auf Landesebene und in den Kommunen über den Bericht der Arbeitsgruppe "Polizeilicher Umgang mit Rechtsextremismus" bis hin zu Berichten aus den Landesfachgruppen findet ihr allerlei Buntes und Munteres aus unserem grünen Parteilieben.

Das Pro und Contra NPD-Verbot wird noch einmal ausführlich diskutiert. Ihr findet eine Vorstellung unserer neuen Landesgeschäftsführerin Katrin Gielow in diesem Heft. Neuen Aktiven in unseren Reihen werden Angebote unterbreitet.

Eure Meinung ist gefragt!
Was haltet ihr von BEI GRÜNS?
Brauchen wir eine eigene gedruckte Mitgliederzeitung neben dem elektronischen Newsletter?
Wenn ja, was können wir besser machen?
Welche Vorschläge habt ihr?
Kurzer Draht: Tel. 0391/4015540,
Mail: claudia.klupsch@gruene.de

Am Ende eines Jahres ist es Brauch, Bewährtes auf den Prüfstand zu stellen. Diesmal soll es BEI GRÜNS sein. Eure Mitgliederzeitung wird im Rahmen finanzieller und personeller Möglichkeiten konzipiert, geschrieben und gefertigt. Uns würde eure Meinung interessieren, eure Vorschläge zu Organisation, Aufbau und inhaltlicher Ausrichtung.

Bleibt mir noch, euch mit der jetzigen Ausgabe von "BEI GRÜNS" viel Spaß beim Lesen zu wünschen. Lasst es euch Weihnachten gut gehen!

Mit Jahresendgrüßen
 Claudia Klupsch

Mit Elan und Kreativität

Höhepunkte des Jahres 2007 und Blick nach vorn

von
 Undine Kurth

Der Dezember lädt uns jedes Jahr zum Rückblick ein. Was ist gut gelaufen, was weniger gut? Was waren Höhepunkte, was möchte man am liebsten ganz schnell vergessen? Und vor allem: Was will man unbedingt besser machen im neuen Jahr?

Was also lief für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt im Jahre 2007 gut?

-Da ist zunächst unsere erfolgreiche Fusion der Kreisverbände im Ergebnis der Landkreisreform.

-Dann blicken wir auf eine erfolgreiche Kommunalwahl, in der wir unser Ziel erreichten, in allen Kreistagen vertreten zu sein.

-Mit der Arbeitsgruppe Polizeilicher Umgang mit Rechtsextremismus (PUR) haben wir ein wichtiges politisches Thema rechtzeitig und erfolgreich bearbeitet.

-Das brisante Thema Klima- und Energiepolitik wurde in unserem Landesverband fachlich so fundiert behandelt, dass wir wegweisende konkrete Vorschläge unterbreiten können.

Sowohl beim Dialog mit der Polizei als auch bei den kommunalen Energiekonzepten könnt ihr alle aktiv werden: Die Diskussion muss nun vor Ort weitergehen.



Zeit, zurückzublicken und nach vorn zu schauen.

Foto: Klupsch

Vieles ließe sich noch anfügen. Der monatliche Pressespiegel widerspiegelt, mit welchem Elan und welcher Kreativität wir allerorts tätig sind.

Diese Entwicklung gilt es, 2008 fortzusetzen. Vor allem muss es uns gelingen, unsere zukunftsfähigen politischen Konzepte den Bürgerinnen und Bürgern noch besser zu vermitteln.

Der Landesvorstand dankt allen Mitgliedern für ihr großes Engagement und die gute Zusammenarbeit und wünscht ein gutes, gesundes und erfolgreiches Neues Jahr 2008.

Unseren Mitgliedern sowie all jenen, die für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine gewisse Sympathie hegen, wundervolle Weihnachten und ein gesundes neues Jahr.

Landesvorstand und Team der Landesgeschäftsstelle

Müssen uns ins Zeug legen

Grüne Energiestrategie: Weg von der Kohle, hin zu Erneuerbaren Energien

von
Dorothea Frederking

Das Klima kennt keine Grenzen und wirkt sich global aus. Klimagerechtigkeit ist für uns Grüne, wenn jedem Menschen die gleiche Menge an CO₂-Emissionen zusteht – aber auch nicht mehr. Bis 2050 ist die Zielmarke einer weltweiten jährlichen Prokopfemission von 1,5 Tonnen gesetzt; in Sachsen-Anhalt sind es zur Zeit 11 Tonnen. Das erfordert eine Reduzierung von mehr als 80 Prozent. Solange das nicht erreicht ist, müssen wir kompensatorische Maßnahmen erwägen, um den Regionen, die wenig emittieren und stark unter dem Klimawandel leiden, eine klimaverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise und eine Anpassung ihrer Lebensumstände an die Folgen der Umweltveränderungen zu ermöglichen.

Wir müssen uns ins Zeug legen – in allen Bereichen: Politik, Industrie, Außenhandel, privates Umfeld. Dazu gehört auch, liebgewonnene bequeme Lebensstile zu verändern und sich mit dem Verständnis und der Akzeptanz für die vielen kleinen und großen Klimasünden des täglichen Lebens zurückzuhalten.

Unser Energiekonzept, das wir seit März im Fünferteam erarbeiten, zeigt eine realistische Strategie zur umweltverträglichen und nachhaltigen Energieversorgung für Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2020 auf. Das Papier ist bewusst kurz gehalten, um die wesentlichen Punkte übersichtlich darzustellen. Wir zeigen auf, dass ein Simultanausstieg aus der Kohle- und Atomenergie gelingen kann. Denn Sachsen-Anhalt kann sich zum Erneuerbare-Energieland mit Exporten entwickeln – allein im Strombereich kön-

nen es 15% werden. Wir zeigen auf, dass die derzeitige jährliche Steigerung beim Stromverbrauch kein Naturgesetz ist, sondern eine 11prozentige Reduzierung möglich werden kann.

Wir räumen der Biomasse ein großes Potenzial ein. Allerdings darf es keine Flächenkonkurrenz zur Erzeugung von Lebensmitteln und keine negativen Umweltauswirkungen bei der Land- und Forstwirtschaft geben. Deshalb sollen die Biomassepotenziale für Strom, Wärme und Verkehr fortlaufend einer kritischen Analyse unterzogen werden.

30 Seiten können nicht allumfassend sein. Unsere Energiestrategie soll vielmehr der Anfang einer fachlichen Diskussion mit weiteren differenzierten Ausarbeitungen – insbesondere für die kommunale Ebene - und Grundlage für unsere politische Positionierung sein.

Grüne bei Klima-Demo



“Klimaschutz jetzt” forderten auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Groß-Demo am globalen Klimaaktionstag am 8. Dezember 2007 in Berlin - hier einige Demonstranten aus unserem Landesverband. Anlässlich der UNO-Weltklimakonferenz wurde in mehr als 50 Städten für mehr Klimaschutz demonstriert. Ein kraftvoller Appell an die Entscheidungsträger auf Bali!

Foto: Gielow

Ökostrom in Glindenberg

(pi). Der Gemeinderat in Glindenberg (Börde) hat einstimmig eine Entscheidung in Richtung Klimaschutz gefasst. Die Verwaltung wurde beauftragt, beim regionalen Stromlieferanten die Lieferung von hundertprozentig zertifiziertem Ökostrom für Straßenbeleuchtung, Gemeindezentrum, Feuerwehr und Sportanlagen vertraglich zu vereinbaren. “Ich freue mich, dass der Rat meinem Antrag gefolgt ist und somit ein Zeichen für die privaten Verbraucher und für andere Kommunen im Land gesetzt hat”, so Thomas Schlenker, grünes Gemeinderatsmitglied.

Die Gemeinde spart jährlich mindestens 29 Tonnen Kohlendioxid ein. Thomas Schlenker: “Ich wünsche mir, dass weitere Gemeinden dieser Entscheidung folgen.”

EE-Nutzung als Standard

(eb). Die Stadtratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Magdeburg hat einen Antrag gestellt, wonach eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien in Gebäuden privater und öffentlicher Nutzung per Gesetz zum Standard zu erheben ist. Die jüngste Initiative des Landes Baden-Württemberg sollte bei diesem Vorhaben unbedingt berücksichtigt werden. Der Antrag wurde in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

OB-Dienstwagen kritisiert

(eb). Die Grünen in Halle (Saale) haben die dortige Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) wegen ihres neu angeschafften Dienstwagens kritisiert. Dazu KV-Vorsitzender Oliver Paulsen: “In diesem Jahr hat der Stadtrat mit überwältigender Mehrheit einen Antrag des Stadtrates Dietmar Weihrich beschlossen, der eine Limitierung des CO₂-Ausstoßes bei neuen Dienstwagen auf 130g/km festlegt. Der Audi A6 3.0 TDI von Frau Szabados stößt jedoch bei 233 PS nach Werksangaben 216 g CO₂ aus.” Die OB kontakariere jegliche kommunale Bemühungen für den Klimaschutz.

"Freue mich auf die neue Aufgabe"

Unsere neue Landesgeschäftsführerin Katrin Gielow stellt sich vor

Seit 1. Oktober 2007 hat der sachsen-anhaltische Landesverband mit Katrin Gielow (31) eine neue Geschäftsführerin. Sie stellt sich vor:

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich bin gebürtige Rostockerin, habe in Berlin studiert und dort lange Jahre als Vorstandsreferentin für den Berliner Landesverband gearbeitet. Die Jahre in Berlin waren sehr spannend und lehrreich. Die politische Arbeit hat mir immer sehr viel Spaß gemacht. Diese Erfahrungen haben mich dazu veranlasst, auch nach dem Abschluss meines Studiums meine berufliche Tätigkeit bei

Für Neueinsteiger

(op). Die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt wird ab 2008 mit einem umfangreichen, neu konzipierten Angebot an Weiterbildungsseminaren speziell für Neueinsteiger in die politische Arbeit die Nachwuchsarbeit (nicht nur) der Grünen substantziell unterstützen.

Geplant ist eine Reihe aufeinander aufbauender Seminare zur kompakten Vermittlung des Grundwissens und der elementaren Fähigkeiten zum schnellen Einstieg in die politische Arbeit. Ziel soll sein, neuen Aktiven die Möglichkeit zu geben, innerhalb kürzester Zeit die Grundlagen zu lernen, ohne diese langwierig im Versuch-und-Irrtum-Verfahren immer wieder "neu erfinden" zu müssen.

Neu gewählt

Die Fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher (FPS) sind vom LDR neu gewählt worden.

Sozialpolitik: Inés Brock aus dem Kreisverband Halle

Hochschulpolitik: Prof. Gerald Warnecke aus dem Kreisverband Magdeburg

Migrationspolitik: Razak Minhel aus dem Kreisverband Dessau

Kandidat auf dem nächsten LDR als Fachpolitischer Sprecher für

Schwulenpolitik: Eddy Stapel aus dem Kreisverband Stendal

Die FPS arbeiten an Themen für den Landesverband in Politikbereichen, die nicht durch Landesfachgruppen (LFG) abgedeckt werden.

den Grünen fortzusetzen.

Als Landesgeschäftsführerin bin ich für Kommunikation, Koordination und Organisation zuständig. Die Weitergabe von Informationen an die Kreisverbände, Gliederungen sowie an die Teil- und Nebenorganisationen und Aktiven im Landesverband, die Koordination der Arbeit in der Landesgeschäftsstelle und die Organisation der politischen Kampagnenarbeit bilden die Schwerpunkte meines Engagements mit dem Team in der Landesgeschäftsstelle.

Besonders reizt mich die Aufgabe in Sachsen-Anhalt, die gesellschaftliche Verankerung der Bündnisgrünen in



Katrin Gielow ist seit Oktober 2007 neue Geschäftsführerin des Landesverbandes.

Ostdeutschland zu verstärken. Gemeinsam mit Euch will ich mit frischen Ideen und Rezepten neue Akzente im Land der FrühaufsteherInnen setzen!

Lasst uns beginnen, es gibt viel zu tun! Packen wir es an.

Netzwerk für neue Aktive

von
Christoph Erdmenger

Neue Aktive sind vor Ort oft isoliert oder treffen auf "alte Hasen", die scheinbar alles schon wissen und das meiste schon probiert haben. Da ist es manchmal schwer, sich zu motivieren. Dies gilt besonders auch für Frauen, die häufiger als Männer Wert auf das "Wie" der Politik legen, nicht nur auf das "Was".

Neue Aktive braucht der Landesverband aber spätestens bei den Kreisvorstandswahlen 2008/2009 und bei den Kommunalwahlen 2009. Daher plant der Landesvorstand, im nächsten Jahr ein Netzwerk für neue Aktive einzuberufen. Angesprochen fühlen sollen sich besonders Frauen, Neumitglieder und

junge Menschen - aber nicht nur. Auch wer schon lange dabei ist, aber nie richtig aktiv geworden ist, könnte hier einen Einstieg finden. Im Netzwerk können dann Erfahrungen ausgetauscht und Ideen geschmiedet werden. Für die Koordination haben wir die Sprecherin der LFG Frauen Eva-Maria Schulz (49 Jahre) und die stellv. Sprecherin der LFG Bildung Maren Lange (30) gewinnen können. Die Teilnehmer des Netzwerkes lädt der Landesvorstand auf der Grundlage von Vorschlägen aus den Kreisverbänden ein.

Wer jemanden für das Netzwerk vorschlagen möchte oder selber Interesse hat, wendet sich an seinen Kreisverband oder direkt an die Koordinatorinnen: Maren Lange 0345/6782890; Eva-Maria Schulz 0391/5402772.

Service für Kommunalos

Der Landesvorstand möchte Kommunalpolitik vor Ort stärker in den Fokus rücken. Ein Schritt: Claudia Klupsch, Mitarbeiterin der Landesgeschäftsstelle, ist ab 2008 Ansprechpartnerin der Kommunalos. Sie entwickelt ein Konzept zur besseren "Betreuung" der grünen Rats- und Kreistagsmitglieder.

Eine Kommunalpolitische Vereinigung, wie sie andere Landesverbände unterhalten können, ist damit nicht zu ersetzen. Doch bisherige Instrumente, wie der Austausch über isa-kommunalos@grue-ne.de und Telefonkonferenzen, sollen erweitert werden. Das kommunalpolitische Serviceangebot beinhaltet eine

Internetseite, auf der nach Themen geordnet Informationen sowie Musteranträge und -anfragen abgerufen werden können. Die Pressearbeit vor Ort soll weiter professionalisiert werden. Hinweise auf kommunalpolitische Seminare, Tagungen und Kongresse, auf Publikationen und Aktionen gehen direkt an die Kommunalos. Regelmäßig stattfindende Kommunalos-Treffen sind ebenso geplant wie Unterstützung bei Konzeption von Diskussionsveranstaltungen zu kommunalpolitischen Problemen.

Wer Anregungen für eine bessere Vernetzung und Unterstützung der Kommunalos hat, melde sich bitte bei Claudia Klupsch, Tel. 0391/4015540.

Jetzt vor Ort aktiv werden

Bericht der AG "Polizeilicher Umgang mit Rechtsextremismus" liegt vor

von Christoph Erdmenger

Im Juli 2007 war sie noch eine unnötige "Schnüffeltruppe", im November 2007 haben sich alle Landtagsparteien mit ihren Ergebnissen auseinandergesetzt: Die grüne Arbeitsgruppe "Polizeilicher Umgang mit Rechtsextremismus". Doch diese Aufmerksamkeit für die Vorschläge ist nur der Höhepunkt einer erfolgreichen Initiative.

So wagt sich keine Partei mehr, die Pannen der Polizei als Einzelfälle zu betrachten. Der Innenminister reagiert inzwischen umgehend disziplinarisch auf bekanntwerdende Pannen. Und nicht zuletzt die Polizei selbst reagiert, in dem sie Pannen sogar mitunter selber zugibt - und Besserung verspricht.

Im Bewusstsein aller Akteure hat sich also - durch die Medienberichterstattung und -kommentierung, das Engagement von Vereinen der Zivilgesellschaft und durch die AG PUR - schon viel verändert. Überm Berg ist die Polizei aber noch nicht. Von unseren fünf Vorschlägen hat das Innenministerium einen ausdrücklich auf-



Uta Leichsenring und Christoph Erdmenger stellen den Abschlussbericht bei einer Landespressekonferenz vor.

Foto: Klupsch

gegriffen: Lokale Dialoge der Polizeidirektionen. Prompt hat der neue Polizeipräsident in Dessau auch schon zu einer Veranstaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor Ort zugesagt.

Jetzt heißt es, diesen Schwung aufzugreifen. Dazu sind Aktive vor Ort gefragt, die sich in solche Dialoge einbringen wol-

len: Neben kommunalen Abgeordneten und Kreisvorständen sind weitere Aktive dabei willkommen. Und solange die Polizeirevierleitung selber nicht aktiv wird, sind Initiatoren der Dialoge gefragt.

Wer Lust hat, sich in ein solches Projekt einzubringen, dem stehen wir mit Ideen und Erfahrungen gern zur Verfügung.

Grüne fordern: "Narvik"-Laden schließen!

Für bundesweites Aufsehen sorgte die Eröffnung des Ladengeschäftes "Narvik" in Magdeburg. Ausschließlich Ware der Bekleidungs-Marke "Thor Steinar" wird hier verkauft - Szeneklamotten der Nazis. Der

Laden ist ausgerechnet im Touristenmagneten, in der Grünen Zitadelle präsent - im letzten Bau des jüdischen Architekten und Künstlers Friedensreich Hundertwasser.

Dazu Sören Herbst in einem Antrag an den Landesdelegiertenrat (LDR) am 9. November 2007: "Der Vertrieb von "Thor Steinar"-Kleidung in der Magdeburger Innenstadt - wie in anderen Orten auch - ist der Versuch, über "harmlose" Kleidung, rechtsextremes Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft zu platzieren."

Von Anfang an haben sich Bündnisgrüne dafür stark gemacht, dass der braune Laden aus der Grünen Zitadelle verschwindet. Anfang August rief die grüne Stadtratsfraktion zu einer Mahnwache auf, zu der rund 150 Menschen kamen, darunter auch Justizministerin Angela Kolb und Innenminister Holger Hövelmann (beide SPD). Den ganzen Sommer hindurch verteilten Mitglieder der Grünen Hochschulgruppe Magdeburg (GHG) gemeinsam mit Mitgliedern anderer Organisationen jeweils jeden Freitag Flyer, die über den Charakter des Ladens informierten. Der Vermieter, das katholische Siedlungswerk St. Gertrud, hat eine Räumungsklage angestrengt. Das Verfahren läuft.



Demo gegen "Narvik". Sören Herbst bei seiner Rede, Innenminister Holger Hövelmann und Justizministerin Angela Kolb sind ebenfalls dabei.

Foto: Ehl

Streitthema: Die NPD verbieten?

(ck). Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg (23. bis 25. November 2007) war u.a. die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus Thema. Einen neuen NPD-Verbotsantrag zum jetzigen Zeitpunkt lehnte die Mehrheit der Delegierten ab. Auch die Innenministerkonferenz der Länder (IMK) konnte sich bei ihrer jüngsten Sitzung Anfang Dezember 2007 nicht auf die Einleitung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens einigen. Allerdings wollen die Minister NPD-nahen Vereinen und Stiftungen den Geldhahn zudrehen. NPD verbieten ja oder nein, bleibt ein Streitthema in der Gesellschaft, bei uns Bündnisgrünen. Die Argumente einer Gegnerin und eines Befürworters des NPD-Verbots seien im Folgenden gegeneinandergestellt. Beide, Antje Hermenau und Peter Lehmann, machen in ihrer politischen Arbeit Erfahrungen mit NPD-Leuten - im Sächsischen Landtag und im Harzer Kreistag.

Pro

Von Peter Lehmann, Vorsitzender der grünen Kreistagsfraktion im Landkreis Harz



Die Angst vor dem Verbot der NPD geht um - ob auf dem Parteitag in Nürnberg oder auf der Innenministerkonferenz: Die NPD ist verfassungsfeindlich, aber sie zu verbieten, wagt sich niemand, obwohl (nach Emnid) 66 % der BürgerInnen ein Verbot unterstützen. Die Meinung breitet sich aus: Offensichtlich ist es ja nicht so schlimm mit dieser Partei. Folge: Überall, wo es die NPD in Kreis- oder Landtage geschafft hat, wird die rechte Szene gestärkt.

Ein Verbot der NPD ist die konsequente Schlussfolgerung aus der Feststellung, dass es sich bei dieser Partei um eine verfassungsfeindliche Organisation handelt. Alle zögerlichen Überlegungen stützen die populäre Meinung: Wenn die nicht verboten sind, dann kann es mit deren rechtsextremer Ideologie nicht so weit her sein. Sie bleibt eine wählbare Partei. Ein Verbot der NPD ist eine flankierende und stützende Maßnahme beim Kampf gegen Rechts. Inzwischen wird es selbst in Parteikreisen belastend, jedes Mal unterstellt zu bekommen, mit der Forderung nach einem Verbot der NPD wolle sich einer dem Kampf gegen die menschenverachtende Ideologie entziehen. Das Gegenteil ist der Fall. Das Verbot ist die logische Konsequenz in diesem Kampf. Ein NPD-Verbot entzieht diesen Ideologen nicht nur ein Großteil ihrer finanziellen Basis, sie entzieht ihnen auch die demonstrativen und provozierenden Auftritte in Kreistagen und Landtagen. Es ist unerträglich, ihnen alle verfassungsrechtlichen und demokratischen Rechte zugestehen zu müssen, obwohl ihre ganze "parlamentarische" Tätigkeit darauf gerichtet ist, "dieses System" abzuschaffen.

Ein NPD-Verbot ist eine scharfe Waffe und ist immer am Grundrecht auf Meinungsfreiheit zu prüfen, aber um die Zivilgesellschaft zu stärken in ihrem Kampf gegen den Rechtsextremismus in den Köpfen, auf der Straße und in den Parlamenten, muss auch die Politik konsequent sein: Die NPD muss verboten werden.

Contra

Von Antje Hermenau, Vorsitzende der grünen Landtagsfraktion in Sachsen



Der Wunsch vieler Menschen, dass die NPD verboten werden soll, ist verständlich. Angesichts des rassistischen und antidemokratischen Charakters dieser Partei ist es oft schwer erträglich, dass sie Steuergelder über die staatliche Parteienfinanzierung und über ihre Fraktionen abgreifen kann. Trotzdem ist die Verbotsdebatte eine Belastung für die strategische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus - zumal die NPD nur die Spitze des Eisbergs darstellt. Weniger sichtbar, aber nicht weniger gefährlich sind parteilose Nazis, Kameradschaften und vor allem der Alltagsrassismus.

Völlig unabhängig von der katastrophalen Wirkung, die ein NPD-Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hätte, ist die Fokussierung auf die Verbotsfrage problematisch. Die NPD instrumentalisiert nämlich in ihrer Propaganda gezielt die Verbotsdebatte, um zu suggerieren, dass die DemokratInnen (NPD-Jargon: "Blockparteien") zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung nicht fähig seien und daher Zuflucht zur Repression der "Nationalen" nehmen müssen.

Wir haben die Pflicht, uns auf öffentlicher Bühne mit dem Rechtsradikalismus auseinanderzusetzen. Es gibt zu viele Menschen, auch in der Mitte der Gesellschaft und insbesondere in Ostdeutschland, die für diese Denkhaltung anfällig sind und für die die NPD als eine Art legitime revolutionäre Kraft daherkommt.

Wenn wir nicht in der Politik und vor Ort für eine starke Zivilgesellschaft, gelebte Toleranz und demokratisches Selbstbewusstsein eintreten, wird die Demokratie in den Augen vieler nicht viel Wert sein.

Wir brauchen flächendeckend Landes- und Bundesprogramme, die eine kontinuierliche Arbeit antirassistischer Initiativen sichern und die richtigen Prioritäten in der Bildung aller Altersstufen.



PISA zwingt zum Handeln

Neustart der Landesfachgruppe Bildung/Konzentration auf Konzepte

von Erich Meyer

Am 5. Oktober 2007 hat sich die Landesfachgruppe (LFG) Bildung neu konstituiert. Erich Meyer aus Schönebeck wurde wieder als Sprecher gewählt. Stellvertreterin ist Maren Lange aus Halle, die auch als Delegierte den Landesverband in der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung

vertreten wird. Als stellvertretende BAG-Delegierte wurden Oliver Paulsen aus Halle und Verena Wicke-Scheil aus dem KV Börde gewählt.

Inzwischen hat sich die LFG am 30.11. 2007 wieder getroffen und neben der Besprechung aktueller schulpolitischer Bestrebungen im Land mit einer Themensammlung für die Arbeit der LFG begonnen. Das geht von der

äußeren/inneren Schulreform bis zur LehrerInnenausbildung und zwingt neben der umfassenden Positionsbestimmung der Grünen in Sachsen-Anhalt durch Fortschreibung der bestehenden Parteitagsbeschlüsse zur Konzentration auf Themen, die für die zukünftige Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt besonders wichtig sind. Nicht nur die Ergebnisse der aktuellen PISA-Studie zwingen zum Handeln, auch auf die demografische Entwicklung und die sozialen Verwerfungen in Sachsen-Anhalt gibt die derzeitige Regierungskoalition keine nachhaltig wirkenden Antworten. Betrachtet man die aktuelle bildungspolitische Situation in Sachsen-Anhalt und extrapoliert von diesen Bedingungen in die Zukunft, dann wird schnell deutlich, dass hier hoch fahrlässig Chancen vergeben werden, im Wettstreit der Regionen schulpolitisch aufzuholen.

Die Mitglieder der LFG sind angetreten, Konzepte zu entwickeln, die das konservative, defensive und ungerechte Bildungssystem in Sachsen-Anhalt langfristig überwinden helfen.



Konzentriertes Arbeiten in der Landesfachgruppe Bildung, die sich im Oktober neu konstituierte.

Foto: Nitschke

Disput um "Not am Mann"

von Eva-Maria Schulz

Sachsen-Anhalt, die "schrumpfende Region". Bevölkerungsrückgang, Abwanderung, Alterungsprozesse. Probleme: Arbeitslosenquote von 20 Prozent, geringe Kaufkraft, wenige kommunale Steuereinnahmen. Lediglich die Frauenerwerbstätigkeit beträgt über 50 Prozent und übersteigt damit die der Männer.

Die Auswirkung der "Schrumpfung": viele Langzeitarbeitslose, ungenügend Ausgebildete, Frauenmangel und Männerüberschuss sowie sogenannte "Triebwähler".

Die vom Berlin-Institut erarbeitete Studie "Not am Mann" - Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht - Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer" wirft viele Fragen, aber versucht auch, Lösungen und Strategien aufzuzeigen. Endlich wird auch die "männliche" Perspektive in den Vordergrund

gerückt. Dies heißt jedoch nicht, dass es für die Frauen keine Benachteiligungen mehr gibt.

Die Landesfachgruppe Frauen- und Gleichstellungspolitik hat sich in Lesungen an zwei mitgliederoffenen Terminen mit dieser Studie beschäftigt, um Schlussfolgerungen für unser politisches Handeln in diesem Land daraus zu ziehen. Nicht unkritisch haben wir eigene Thesen und Anregungen entwickelt, die mitunter im Gegensatz zu den Aussagen der Autoren stehen.

Für März 2008 plant die Fachgruppe eine Diskussionsveranstaltung mit den Autoren. Die Veranstaltung will auch Fragen beantworten, die offen geblieben sind. Warum z.B. erzielen Jungen schlechtere Schulabschlüsse? Wie engagieren sich Männer und Frauen unter den gegebenen Umständen und übernehmen selbst Verantwortung für ihre unterschiedlichen Situationen?

Die Studie im Internet: www.berlin-institut.org/not_am_mann.html.

Mehr Frauen in die Politik!

(pm). Realität nach den Kommunalwahlen im Frühjahr: Alle Landräte sind Männer und auch die Vorsitzenden der Kreistage sind ausschließlich Männer. Und dies, obwohl es immerhin zehn Bewerberinnen für das Amt der Landrätin gegeben hat. Lediglich Halle darf sich als einzige der drei kreisfreien Städte einer Oberbürgermeisterin rühmen. Da verwundert es nicht, dass der Frauenanteil in den derzeitigen Stadträten und Kreistagen von Sachsen-Anhalt im Durchschnitt bei weniger als 20 Prozent liegt. Nur jede vierte Bewerbung zu den diesjährigen Kreistagswahlen war die einer Frau. Landesvorstandsmitglied Christina Weigel: "Auch bei uns ist nur ein Viertel der Kreistagsmitglieder weiblich – das ist zu wenig. Politik braucht die weibliche Sichtweise! Es muss gelingen, dass Frauen in allen Bereichen, vor allem aber in der Politik zahlenmäßig gleichermaßen repräsentiert sind, mitentscheiden und Verantwortung übernehmen."

Kulturpolitik: Profil schärfen

Ziel: Kommunen als Orte der Vielfalt kulturellen Lebens stärken

von
Undine Kurth

Nach vierjähriger Arbeit hat die auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingesetzte Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" des Bundestages, der ich als Obfrau unserer Fraktion angehörte, ihren Schlussbericht mit etwa 450 Handlungsempfehlungen an Bund, Länder und Kommunen vorgelegt.

Damit liegt für uns alle ein wertvolles Kompendium vor, mit dem unsere bündnisgrüne Kulturpolitik auf Landes- und kommunaler Ebene weiter qualifiziert werden kann.

Der Bericht stellt fest, dass die Förderung von Kunst und Kultur eine verpflichtende Aufgabe des Staates sein muss, um die Vielfalt und Dichte des kulturellen Angebots zu erhalten.

Die Einkommenssituation der

Künstler/innen muss verbessert werden, auch durch Vergabe von Aufträgen und Ankäufe, aber auch ihre Einbeziehung in die kulturelle Bildungsarbeit.

Wir müssen die Kommunen als Orte der Vielfalt kulturellen Lebens stärken. Theater, Orchester, Bibliotheken, soziokulturelle Zentren, Kunst-, Musik- und Volkshochschulen sind zu erhalten, Vereine und Stiftungen zu stärken. Das Potenzial der Kultur- und Kreativwirtschaft muss besser ausgeschöpft werden. Sozio- und Laienkultur sollen gestärkt und kulturelle Bildung soll für alle garantiert werden.

Hierzu werden konkrete und detaillierte Vorschläge unterbreitet. Jetzt kommt es darauf an, diese in politische Forderungen umzuwandeln und ihre Umsetzung zu initiieren. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war und ist das Thema Kultur zentral. Deshalb werden



"Spielplan": Potenziale besser ausnutzen.

Foto: Klupsch

wir den Enquete-Bericht gründlich auswerten und dazu nutzen, unser kulturpolitisches Profil zu schärfen und die kulturpolitische Debatte voranzubringen.

Oase bleibt in Oschersleben

"Kleine Revolution in Oschersleben", beschreibt die grüne Stadträtin Lieselotte Drohberg die Geschichte um den Hackelberg. Für die Revolution sorgten die Bördegrünen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Geschäftsleuten.

Denn zur Rettung jenes Hackelbergs wurde lebhafter Protest nebst Unterschriftenaktion angestachelt.

Der Hackelberg ist die einzige Grünanlage im Fußgängerbereich. Nach Plänen der Stadt sollte das Grün zugunsten eines Wohn- und Geschäftshauses weichen. Dazu sollte das Areal verkauft werden.

Das dürfe nicht sein, so Lieselotte Drohberg. Es gebe genug versiegelte Betonflächen in Oschersleben. Außerdem seien 500.000 Euro für die Grünfläche bereits ausgegeben worden. Lediglich 159.000 sollte ein Investor zahlen. Der Kreisverband Börde initiierte eine Protestveranstaltung auf dem Hackelberg. Bei der Unterschriftenaktion eines Oschersleber Geschäftsmannes unterschrieben 900 Oscherslebener.

Am Ende entschied der Stadtrat: NEIN! Keine Bebauung des Hackelbergs!

Verkehrsverbund und ein Ticket



Der Landesdelegiertenrat Anfang November 2007 sprach sich für einen Verkehrsverbund Elbe-Börde-Heide in Magdeburg, Salzlandkreis, Jerichower Land und Bördekreis aus. "Ein Ticket pro Fahrt muss reichen", so der grüne Oberbürgermeisterkandidat in der Landeshauptstadt, Olaf Meister. "Fast alle deutschen Großstädte haben einen Verkehrsverbund, nur Magdeburg nicht." Mit dieser Einschätzung zeigten sich auch die Delegierten der Umlandskreise einig. Zum symbolischen Bild fanden sich zusammen: (von links): Regina Mittendorf (Jerichower Land), Verena Wicke-Scheil (Börde), Roman Binder (Salzland) und Olaf Meister (Magdeburg).

Foto: Arnold

Fackeln an der Elbe

(eb). Für den 13. Januar 2008 ruft das "Bündnis gegen Elbvertiefung" deutschlandweit zur Aktion "Fackeln auf dem Deich" auf. Entlang der Elbe - von der Mündung bei Cuxhaven über Hamburg, Magdeburg und Dresden bis möglicherweise nach Tschechien - soll gegen die Elbvertiefung etwa durch Ausbaggern, durch Einengung des Flussbettes (Buhnenvergrößerung/Uferversteinungen) oder durch das Abtragen des Magdeburger Domfelsen sowie gegen den Bau des Saalekanals protestiert werden.

Gemeinsames Ziel aller Flussschützer landauf, landab ist, die Zerstörung der Elbe und ihrer Nebenflüsse durch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zu beenden.

Geplant sind hierzulande Fackelaktionen um 17 Uhr in Magdeburg auf der Strombrücke, in Dessau am Kornhaus sowie in Schönebeck und Coswig. Der BUND ist mit im Boot. Weitere Informationen folgen. Helfer werden noch gebraucht. Wer mitmachen möchte, melde sich bitte in der Landesgeschäftsstelle.



Dieses Ungetüm hat sich bereits am Domfelsen zu schaffen gemacht.

Aktion für "Freie Fahrt für Bildung"



Gruppenbild mit Präsidenten. Abschluss der Kampagne für mehr Mittel in der Schülerbeförderung.

Foto: Arnold

(ck). Mitglieder des Jugendbündnisses "Freie Fahrt für Bildung" hatten jüngst einen Termin beim Landtagspräsidenten Dieter Steinecke. Das Bündnis aus Landesschülerrat, Grüner Jugend, solid, den Jusos und "was bewegen" e.V. setzte sich in einer gemeinsamen Kampagne für mehr Mittel in der Schülerbeförderung vor dem Hintergrund verlängerter Schulwege durch gesunkene Schülerzahlen und Schulschließungen ein. Ziel: Auch SchülerInnen ab Klasse 11 und BerufsschülerInnen sollen ihre Fahrtkosten erstattet bekommen.

Der Buchtipp

Der Sammelband "Endstation Misstrauen? Einsichten und Aussichten für Politik und Gesellschaft" beleuchtet die Ursachen des Vertrauensverlustes gegenüber Politikern und Parteien. Im von der Politikberaterin und Vorsitzenden der Initiative ProDialog Kerstin Plehwe herausgegebenen Buch versuchen Autoren wie Wolfgang Gerhardt, Florian Langenscheidt, Karl Kardinal Lehmann, Steffi Lemke, Peter Müller, Peter Radunski oder Jürgen Rüttgers Wege aus der Legitimations- und Vertrauenskrise zu finden. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln suchen sie nach Antworten, wie die Menschen wieder zu erreichen sind.

Den Autoren ist eine vielschichtige Analyse gelungen, die viele Lösungsansätze und Anregungen für einen neuen gesellschaftlichen Dialog enthält. Prädikat Lesbar.

Kerstin Plehwe (Hrsg.): "Endstation Misstrauen? Einsichten und Aussichten für Politik und Gesellschaft", ISBN 3-9811316-1-4

Bündnisgrüner Neujahrsempfang mit Bärbel Höhn

Liebe Freundinnen und Freunde,
lasst uns gemeinsam auf 2008 anstoßen!
Wir sehen uns beim Neujahrsempfang, den der Landesverband und der Kreisverband Magdeburg gemeinsam ausrichten.

18. Januar 2008

19 Uhr

**Café Hirsch, Kulturzentrum Feuerwache
Halberstädter Straße 140 in Magdeburg**

Termine, Termine und nochmals Termine

- 5. Januar 2008, Blankenburg: Mitgliedervollversammlung des KV Harz
- 10. bis 30. Januar 2008, Magdeburg, Moritzhof: Filmabend: Und dann kommen die Touristen (Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung)
- 13. Januar 2008: Fackelaktion auf den Elbdeichen
- 18. Januar 2008, 18 Uhr, Magdeburg: Neu-Mitgliedertreffen
- 18. Januar 2008, 19 Uhr, Magdeburg: Neujahrsempfang (Landesverband und KV Magdeburg gemeinsam), Kulturzentrum Feuerwache



Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Sachsen-Anhalt
Otto-von-Guericke-Straße 42a
39104 Magdeburg
Tel. 0391/4015540
Fax 0391/4015530
V.i.S.d.P.: Claudia Klupsch
Mail: claudia.klupsch@gruene.de
www.gruene-sachsen-anhalt.de

